



Herausgeber

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Dr. André Berghegger
Marienstraße 6
12207 Berlin

Telefon 030 77307-0
dstgb@dstgb.de
facebook.com/dstgb
linkedin.com/dstgb
instagram.com/gemeindebund

Der DStGB: Eine starke Stimme

Der Deutsche Städte- und Gemeindebund vertritt die Interessen der deutschen Städte und Gemeinden. Auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene gibt er Kommunen eine starke Stimme und greift die Themen auf, die Bürger:innen vor Ort bewegen.

Durch seine 17 Mitgliedsverbände sind 11 000 große, mittlere und kleinere Kommunen organisiert und vernetzt. Die Verbandsarbeit erfolgt parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Die Besetzung der Organe orientiert sich an dem Votum der Wähler bei den Kommunalwahlen.

Der DStGB ist »Kommunales Informationsnetzwerk« und sensibilisiert und mobilisiert Politik und Öffentlichkeit für kommunalpolitische Interessen.

Er fungiert als »Kommunale Koordinierungsstelle« für den permanenten Erfahrungs- und Informationsaustausch unter den Mitgliedsverbänden. Nicht zuletzt ist der Verband »Kommunales Vertretungsorgan« durch Repräsentation in zentralen Organisationen.

Klimaschutz und Klimaanpassung

Hitze und Dürre in Städten und Gemeinden

Extremwetterereignisse als Folgen des globalen Klimawandels nehmen weiter zu. Die Auswirkungen sind in unseren Städten und Gemeinden immer deutlicher spürbar. Nicht nur Starkregenereignisse und Hochwasser stellen die Kommunen vor große Herausforderungen. Auch langanhaltende Hitze und Trockenheit führen zu gravierenden Folgewirkungen für Umwelt, Wirtschaft und Gesellschaft. Neben verstärkter Klimaschutzanstrengungen bedarf es daher zukünftig auch effizienter Maßnahmen der Klimafolgenanpassung. Es darf nicht nur darum gehen, Schäden nach Extremwetterereignissen zu beseitigen, sondern mit klugen Konzepten vorzubeugen und geeignete Anpassungsmaßnahmen zu ergreifen. Kommunen sind hierbei Schlüsselakteure.

Laut des neusten Berichts des Weltklimarates (IPCC) von 2022 werden die Klimarisiken für Ökosysteme und Menschen deutschlandweit rapide zunehmen. Zwar ist in Deutschland im langjährigen Mittel weiterhin ausreichend Wasser verfügbar, jedoch treten bereits jetzt in einzelnen Jahren Wasserknappheit und Niedrigwasser auf. In den vergangenen 10 Jahren haben die Dürren hierzulande merklich zugenommen. Auch der Trend bei der Anzahl „Heißer Tage“ (über 30 °C) ist deutlich steigend. Sämtliche der nach Anzahl der heißen Tage zehn wärmsten Jahre der Aufzeichnung wurden seit 1994 registriert.

Diese Entwicklungen beeinflussen nicht nur die Infrastrukturen in unseren Städten und Gemeinden, sondern auch die Umwelt, die Wirtschaft, die Land- und Forstwirtschaft und nicht zuletzt das Leben und die Gesundheit eines jeden Einzelnen. Die Zunahme von Hitzetagen und Tropennächten stellt besonders für ältere Menschen, chronisch Kranke und Kinder ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko dar. Dabei belasten die hohen Lufttemperaturen den menschlichen Körper nicht nur direkt, sondern können auch Verunreinigungen der Atemluft auslösen.

Langanhaltende Hitzeperioden führen zudem zu Dürre und Wasserknappheit. Zahlreiche Flüsse und Bäche sind in den vergangenen Sommern in Deutschland ausgetrocknet und Seen „gekippt“. Längere Hitzeperioden erhöhen zugleich den Wasserbedarf von Menschen, Tieren und Pflanzen. Hierdurch kam es in einigen Regionen bereits zu Versorgungsengpässen und Nutzungskonflikten rund um die Trinkwasserversorgung. Wasserknappheit und niedrige Wasserpegel haben zudem Auswirkungen auf die Schifffahrt, Land- und Forstwirtschaft, Energiewirtschaft und Wasserwirtschaft. Zudem steigt mit langanhaltender Hitze und Dürre auch die Gefahr von Wald- und Flächenbränden.

Um Städte und Gemeinden langfristig resilient und lebenswert zu gestalten, bedarf es in den kommenden Jahren umfassender Anpassungsprozesse. Zu den

zentralen Herausforderungen gehören dabei eine klimaangepasste Siedlungs- und Flächenentwicklung, klimaresiliente Infrastrukturen im Bereich der Wasserwirtschaft und städtebauliche Maßnahmen, wie die energetische Sanierung kommunaler und privater Gebäude.

Gemeinsame Zusammenarbeit und Vernetzung stärken

Die Auswirkungen von Hitze und Dürre stellen Städte und Gemeinden vor große Herausforderungen. Kommunen sind in diesem Bereich bereits seit vielen Jahren aktiv und befassen sich intensiv mit der Hitze- und auch Überflutungsvorsorge, insbesondere durch Maßnahmen der Stadtentwicklung und des Katastrophenschutzes.

Die Bewältigung der Klimafolgen ist allerdings keine alleinige kommunale Aufgabe, sondern fordert Bund, Länder und Kommunen gleichermaßen. Bund und Länder sind daher aufgefordert, die Kommunen bei Vorsorgemaßnahmen auch in Zukunft zu unterstützen. Wichtig ist insbesondere ein fortlaufender Austausch über aktuelle Erkennt-

nisse, Handlungsansätze sowie Kooperationen.

Der im Jahr 2023 vom Bundesgesundheitsministerium (BMG) vorgelegte „Hitzeschutzplan für Gesundheit“ war insoweit eine erste sinnvolle Hilfestellung.

Hierauf aufbauend hat das BMG im April 2024 die Bundesempfehlung „Musterhitzeschutzplan für Krankenhäuser“ veröffentlicht. Zudem wurde eine „Empfehlung zum Einsatz von Hitzeschutzplänen in Pflegeeinrichtungen und -diensten“ durch den Qualitätsausschuss Pflege beschlossen.

Ein kompaktes und übergreifendes Beratungsangebot für mehr Hitzeschutz in Kommunen befindet sich im Übrigen auf dem aktuellen Hitze-Service-Portal des BMG unter: www.hitzeservice.de

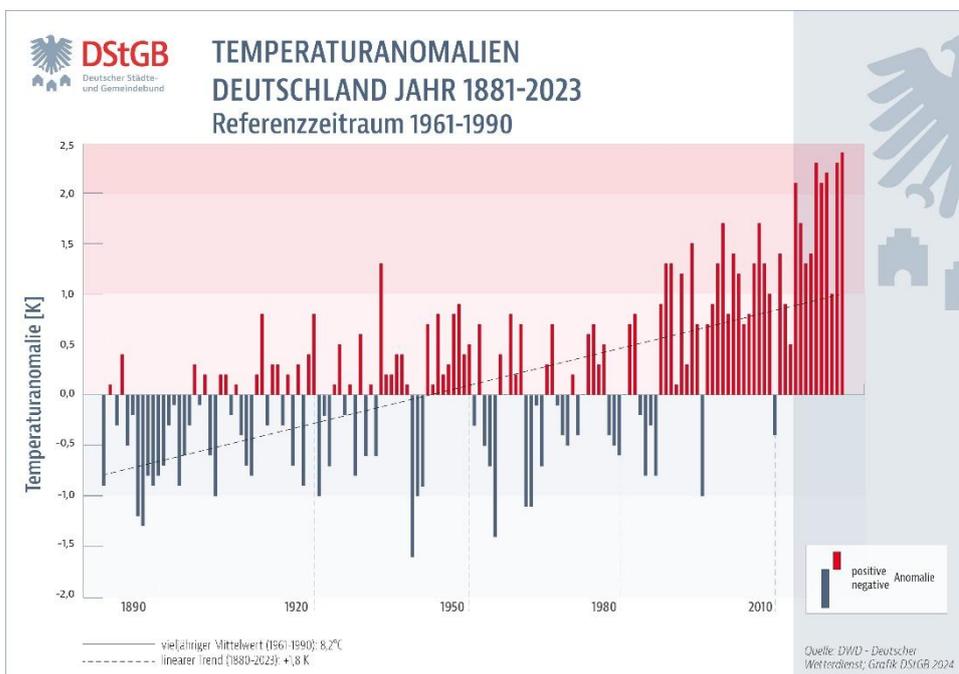
Klimaanpassung als kommunale Schlüsselaufgabe

Maßnahmen zur Klimaanpassung sind für einen präventiven Umgang mit Hitze- und Dürre unerlässlich. Das im Juli 2024 in Kraft getretene Klimaanpassungsgesetz des Bundes zielt daher in die richtige Richtung. Neben einer vorsorgenden Klimaanpassungsstrategie schreibt das Gesetz Anpassungsmaßnahmen für Bund, Länder und Kommunen verbindlich vor.

Unter anderem soll für das Gebiet jeder Gemeinde oder eines Kreises ein integriertes Klimaanpassungskonzept aufgestellt werden. Zwar haben bereits viele Städte, Kreise und Gemeinden entsprechende Konzepte erarbeitet. Gleichwohl droht vielen Kommunen hierdurch ein erheblicher administrativer und finanzieller Aufwand, der sowohl durch die Erstellung von Klimaanpassungskonzepten als auch durch umzusetzende Maßnahmen zur Klimaanpassung entstehen wird.

Es bedarf daher einer auskömmlichen personellen und finanziellen Unterstützung durch Bund und Länder. Doch auch die Information und Beratung sowie die Vernetzung von Kommunen untereinander muss weiter gefördert werden. Städte und Gemeinden können gerade von guten Beispielen und dem Austausch mit anderen Kommunen lernen. Dahingehende Vernetzungsangebote und Best-Practice-Beispiele gilt es nicht nur zu fördern, sondern zu verstetigen.

Daher muss die Arbeit des Kompetenzzentrums Klimafolgen und Anpassung (KomPass) sowie des Zentrums Klimaanpassung (www.zentrum-klimaanpassung.de) langfristig fortgeführt und weiterhin auf kommunale Belange ausgerichtet werden.



Temperaturanomalie in Deutschland in den Jahren 1881 bis 2023; Grafik DStGB 2024

Finanzierung langfristig sichern

Der Finanzierungsbedarf im Bereich Klimaschutz und Klimaanpassung ist gewaltig. Nach Expertenschätzungen müssten die Kommunen jährlich mindestens 8 Milliarden Euro allein im Bereich der Klimaanpassung investieren, um sich auf Extremwetterereignisse besser einzustellen.

Angesichts der weiterhin kritischen Finanzlage vieler Kommunen bedarf es daher einer planbaren und langfristigen finanziellen Unterstützung der Kommunen durch Bund und Länder.

Der im Koalitionsvertrag 2025 angekündigte „Sonderrahmenplan Naturschutz und Klimaanpassung“ sowie die Prüfung, eine neue Gemeinschaftsaufgabe Klimaanpassung im Grundgesetz zu etablieren (Art. 91a GG), sind insoweit ausdrücklich zu begrüßen. Dies gilt auch für die Absicht des Bundes, die GAK-Fördermittel nicht nur zu verstetigen, sondern weiter auszubauen. Auch die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) einschließlich der wichtigen Förderung durch die sog. Kommunalrichtlinie bleibt ein zentraler Hebel und hat sich in der Vergangenheit als Erfolgsmodell erwiesen.

Nunmehr gilt es, diese Förderversprechen zeitnah einzulösen. Hinsichtlich der Art und Weise der Förderung sollte auf eine praxismgerechte Förderung geachtet und die Antrags-, Bewilligungs- und Nachweisverfahren drastisch vereinfacht werden. Bund und Länder sollten den Kommunen verstärkt Förderpauschalen anbieten und ihnen mehr Vertrauen bei der Mittelverwendung entgegenbringen.

Kommunale Hitzeaktions- und Notfallpläne weiter ausbauen

Kommunale Hitzeaktionspläne werden angesichts der sich verändernden klimatischen Bedingungen immer wichtiger. Hitzeaktionspläne sind ein wirksames Instrument, um Menschen und Strukturen auf extreme Hitzeereignisse vorzubereiten und auf diese zu reagieren.

Zahlreiche Städte und Gemeinden haben daher bereits Hitzeaktionspläne erarbeitet oder die entsprechenden Maßnahmen in Klimaanpassungsstrategien oder anderen kommunalen Leitfäden niedergelegt.

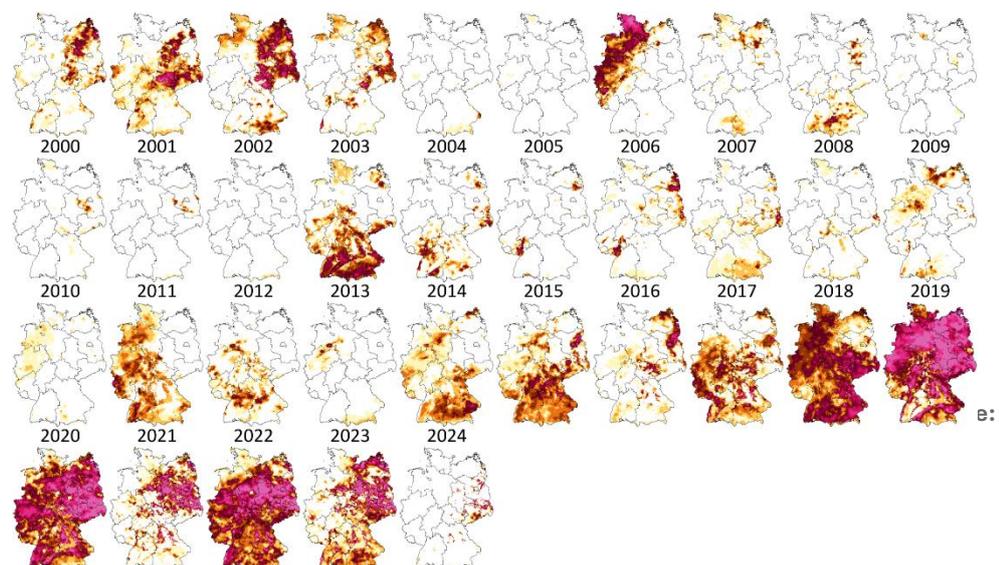
Besondere Priorität hat dabei der Schutz vulnerabler Bevölkerungsgruppen wie Senioren, Kranke und Kinder bspw. durch Einrichtung von Kühlräumen und Beschattungsmöglichkeiten in Kindergärten, Schulen, Parks und öffentlichen Plätzen. Sofern noch nicht vorhanden, sollten Hitzepläne besonders betroffene Einrichtungen wie Krankenhäuser und Behinderten- sowie Alten- und Pflegeeinrichtungen mit einbeziehen. Siehe hierzu auch die Hinweise oben, zum Hitze-Service-Portal des Bundes.

Die in allen Bundesländern vorhandenen Hitzewarnsysteme, die mit dem Deutschen Wetterdienst (DWD) eingerichtet wurden, sind zu überprüfen und ggf. anzupassen. Hierbei muss sichergestellt werden, dass besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen rechtzeitig und im erforderlichen Umfang gewarnt werden.

Klimagerechte Stadtplanung als Querschnittsaufgabe

Zentrales Element bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels ist eine klimagerechte Stadtentwicklung und -planung. Dabei gilt es diesen Aspekt bei der Sanierung oder Neuerrichtung öffentlicher bzw. kommunaler Gebäude unmittelbar einzuplanen. Dazu gehört neben einer ausreichenden Dämmung von Gebäuden auch der Einbau von Kühlungssystemen wie bspw. Kühldecken oder auch Erdsonden. Und auch in der langfristigen Straßen- und Verkehrsgestaltung gilt es Herausforderungen durch Hitzeschäden zu berücksichtigen und hitzeangepasste Materialien zu verwenden.

Dahingehende Planungsprozesse sind als interdisziplinäre Querschnittsaufgabe zu verstehen.



Dürreintensität in der Vegetationsperiode April bis Oktober für den Gesamt- und Oberboden, Quelle: UFZ-Dürremonitor/ Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung

Die Zusammenarbeit und damit die In-tegration des Fachwissens verschie-dener Disziplinen, wie z. B. der Stadt- und Freiraumplanung, der Wasserwirtschaft, des Verkehrs, der Architektur und des Sozialen sind von besonderer Bedeutung.

Im Sinne einer koordinierten Zusammenarbeit ist eine institutionelle Verankerung innerhalb der Verwaltung „vor Ort“ erforderlich.

Wesentlich ist hierbei vielfach der Einsatz von kommunalen Klimaschutz- bzw. Klimaanpassungsmanager/innen, die die Planung und Koordinierung einzelner Maßnahmen begleiten. Diese Aufgabe gilt es nicht nur befristet, sondern dauerhaft von Seiten des Bundes und der Länder zu fördern.

Hitzeinseln reduzieren, Flächen entsiegeln, Kaltluftschneisen schaffen

Dichte Bebauung und ein hoher Versiegelungsgrad mit einer geringen Begrünung, vor allem in verdichteten Gebieten, führen bei langanhaltend hohen Temperaturen zu Hitzestaus und Aufheizungen, sogenannten Hitzeinseln. Versiegelte Flächen verhindern die Verdunstung aus Boden und Vegetation und eine damit verbundene Abkühlung. Dies muss in der zukünftigen Stadtplanung mitgedacht werden.

Dies gilt auch für die stadtklimatisch notwendige Freihaltung von sog. Frischluftschneisen.

Da Kaltluft schwerer ist als erwärmte Luft, stören in der Praxis bereits kleine bauliche Barrieren den Luftaustausch in den Städten. Die häufig bestehenden Interessenkonflikte zwischen einer notwendigen Nachverdichtung im Innenbereich, etwa zur Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum in Ballungsgebieten und den Erfordernissen der Klimaanpassung müssen zukünftig zusammen gedacht werden. Eine

vorausschauende Planung im Sinne der doppelten Innenentwicklung, insbesondere mit Fokus auf die Nutzung von Brach- und Konversionsflächen, bietet hier wesentliche Ansatzpunkte.

Schwammstädte konzipieren

Das Prinzip der „Schwammstadt“ ist ein wichtiger Aspekt städtebaulicher Planung. Regenwasser in Städten und Gemeinden versickert oder verdunstet selten, da es häufig rasch abgeleitet wird. Eine wassersensible Stadtentwicklung, nutzt das Potenzial der Ressource Wasser, indem sie es gezielt bei der Anpassung an Klimafolgen einsetzt. Daher gilt es, ein intelligentes Abwasser- und Regenwassermanagement sowie vorausschauend eine wasserbewusste Stadtentwicklung zu etablieren.

War es lange das Ziel, Regenwasser möglichst effizient durch die Abwasserkanäle aus der Stadt abzuleiten, zielt das Konzept der Schwammstadt darauf ab, Wasser aufzufangen, zu speichern und nutzbar zu machen. Dieser Aspekt ist sowohl für die Hitzevorsorge als auch für ein naturnahes Regenwassermanagement in den Städten und Gemeinden von Bedeutung. Grünflächen, die ausreichend mit Wasser versorgt sind, dienen in der Regel als „natürliche Kühltürme“.

Die Kühlleistung kann durch die Speicherung von Regenwasser, bodenverbessernden Maßnahmen und kontinuierlicher Versorgung der Vegetation mit Wasser weiter gesteigert werden. Dezentrale und umweltverträgliche Maßnahmen zum Wasserrückhalt und Speicherung in der Fläche sollten daher gezielt gefördert werden.

Blau-grüne Infrastruktur fördern

Innerstädtische Grün- und Wasserflächen, Parkanlagen oder auch Kleingärten regulieren in sommerlichen Hitzeperioden das innerstädtische Klima und beugen deren Überhitzung vor. Dies gilt es zukünftig stärker im Rahmen der Bauleitplanung und Stadtentwicklung zu beachten.

Dach- und Fassadenbegrünungen fördern nicht nur die Biodiversität im innerstädtischen Bereich, sie haben auch nachweislich positiven Einfluss auf das städtische Mikroklima und können insbesondere Temperaturspitzen abmildern.

Gerade in Bereichen mit geringen Gebäudeabständen kann eine Fassadenbegrünung eine Ergänzung oder Alternative zur Bepflanzung mit Bäumen sein. Sie wirkt sich hitzemildernd aus, da die Abstrahlung einer Hauswand spürbar vermindert wird. Auch Dachbegrünungen wirken dem Wärmeinseleffekt klar entgegen und verhindern das Aufheizen von Gebäuden. Gleichzeitig übernehmen sie wichtige Funktionen bei der Regenwasserrückhaltung. Indem der oberirdische Wasserabfluss zeitlich verzögert wird, verhindern sie die Überlastung der kommunalen Entwässerung. Zudem kommt es durch die Verdunstung und die Pflanzenaufnahme des Regenwassers zu einer Verringerung der Gesamtabflussmenge.

Zusätzlich übernehmen Grün- und Wasserflächen wichtige Funktionen in der Naherholung und Freizeitgestaltung. Aufgrund der in Zukunft zu erwartenden, sich häufenden Trockenperioden empfiehlt sich die schrittweise Umstellung auf hitze- und trockenheitstolerante Pflanzen und Bäume, die wenig Wasser benötigen. So kann gewährleistet werden, dass auch in Zukunft städtische Parks und Gartenanlagen langfristig und resilient aufgestellt sind.

Hinzu kommt, dass mit schatten-spendenden Stadtbäumen der Klimakomfort deutlich verbessert werden kann. Durch Schatten und Transpirationsprozesse wirken Stadtbäume vor allem in Bodennähe der Wärmebelastung in stark verdichteten Gebieten entgegen und tragen so zur Verbesserung des Klimas bei.

Wasserressourcen schonen und Bevölkerung sensibilisieren

Schon jetzt treten in Deutschland immer häufiger regionale Wasserknappheiten auf. Auch wenn die letzten Jahre regenreich waren, ist davon auszugehen, dass dies zukünftig weiter zunehmen, und auch bisher verschont gebliebene Regionen betroffen wird. Einzelne Kommunen mussten bereits in den vergangenen Jahren leergelaufene Wasserspeicher melden und eine zeitweise Notversorgung der Bevölkerung sichern.

Nicht zuletzt mit Blick auf die Trinkwasserversorgung ist ein aktives Wassermanagement erforderlich. Trinkwasser ist das wichtigste Lebensmittel für den Menschen. Der öffentlichen Wasserversorgung ist daher höchste Priorität einzuräumen. Zum Schutz der Ressource Wasser und der langfristigen Sicherstellung der Wasserversorgungen ist eine konsequente und zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen des Aktionsprogramms Wasser der Nationalen Wasserstrategie notwendig.

Ein dezentrales Wassermanagement, das zugleich die Anforderungen des Klimawandels bzw. des Naturschutzes aufgreift, wird weiterhin von den Kommunen und ihren Unternehmen vorangetrieben.

Bund und Länder müssen daher die Städte und Gemeinden in den vorgenannten Bereichen fördern und auch die Erarbeitung regionaler Wasserversorgungskonzepte langfristig unterstützen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu prüfen, inwieweit zusätzliche Wasserspeicherkapazitäten „vor Ort“, auch in Form von Trinkwasserbrunnen, geschaffen werden müssen, um den Bedarf in Hitzeperioden bedienen zu können. Es muss auch der Aus- und Neubau von Wasserspeichern als Ergänzung zu naturbasierten Lösungen geprüft werden. Mit Blick auf die Landwirtschaft gilt es, die Landnutzungsformen zu überprüfen und zu mehr angepassten und für den Wasserhaushalt günstigen Kulturen, wie z.B. Förderung des ökologischen Landbaus, einer Anpassung der Flurstrukturen oder der Moorbiedervernässung, zu kommen.

Der weiteren Umsetzung der Nationalen Wasserstrategie des Bundes kommt daher auch in der neuen Legislaturperiode eine besondere Bedeutung zu.

Zugleich muss die Bevölkerung für einen verantwortungsvollen Umgang mit der Ressource Trinkwasser sensibilisiert und hierzu angehalten werden.

Dies betrifft sowohl eine sparsame Nutzung in Zeiten der Wasserknappheit als auch Informationen zu wassersensiblen Maßnahmen auf Grundstücken. Nur so kann eine Anordnung von Nutzungsbeschränkung als letztes Mittel verhindert werden.

